

Potsdam, 25.1. 2023

TOP 4 Gründungen von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

viele Schulen in freier Trägerschaft leisten eine hervorragende Arbeit. Inzwischen stellen sie sowohl im ländlichen Raum als auch in den großen Städten einen relevanten Anteil an Schulplätzen. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren stetig gestiegen.

Aktuell werden rund 33.300 Schüler*innen von ca. 6.000 Angestellten an 188 Schulen in freier Trägerschaft unterrichtet. Das sind ca. 12 % aller Schüler*innen an den allgemeinbildenden Schulen im Land Brandenburg. Im Berliner Umland - im Landkreis LOS - beträgt der Anteil der Schüler*innen an freien Schulen aktuell bereits 28.4 %.¹ (Anfrage Abgeordnete Nicklisch)

Und ihre Zahl wächst weiter. Mittlerweile sind sie unverzichtbar, um überhaupt den Unterricht für alle unsere brandenburgischen Kinder und Jugendlichen sicherstellen zu können.

Schulen in freier Trägerschaft sind durch das GG Art. 7 geschützt.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, für Klarheit im Antragsverfahren zu sorgen. Politik ist demnach in der Pflicht, die Gründung von Ersatzschulen praktikabel umsetzbar zu gestalten. Schulen, welche die definierten Bedingungen erfüllen, haben einen Anspruch auf Genehmigung. Die hierfür notwendigen Verfahren müssen für beide Seiten eindeutig und verbindlich geregelt sein.

Zusätzlich wird mit diesem Antrag die Verkürzung der Wartefrist zur Gewährleistung des Betriebskostenzuschusses von drei auf zwei Jahre gefordert.

Dem wird sich meine Fraktion nicht entgegenstellen.

Werte Kolleg*innen,

Baustellen bleiben trotzdem.

- Das betrifft zum Beispiel die Bezahlung des pädagogischen Personals. Wir hatten schon im März 2022 mit einer Beschlussempfehlung im Bildungsausschuss die Gründung einer Arbeitsgruppe angeregt, denn Steuergelder des Landes müssen bei den Fachkräften ankommen. Eine Tariftreueregelung für die Schulen in freier Trägerschaft würde nicht nur die Attraktivität der Beschäftigung erhöhen, sondern auch für mehr Transparenz sorgen.
- Und wir müssen ganz grundsätzlich über die Rolle der Schulen in freier Trägerschaft in unserem brandenburgischen Bildungssystem diskutieren!

¹ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2403 der Abgeordneten Ilona Nicklisch (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion) Drucksache 7/6512, S. 6 / Frage 5

Sie sollen ein zusätzliches Angebot in der Bildungslandschaft Brandenburgs sein, welches seinen Teil dazu beiträgt, die Vielfalt der Bildungsgänge im Land zu gewährleisten.

- Wie bereits erwähnt, zeigt aber die Statistik, dass sich immer mehr Familien- meist Akademikerfamilien- aus den unterschiedlichsten Gründen - vor allem auch aus Mangel an guten staatlichen Alternativen und fehlendem Vertrauen in staatliche Schulen - für freie Schulen entscheiden und dafür die Zahlung eines hohen Schulgeldes in Kauf nehmen.
Das kann und darf nicht sein! Die Kritik der Linksfraktion am Schulgeld bleibt! Bildung muss kostenfrei sein! Gute Schulen müssen allen Kinder und Jugendlichen zugänglich sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!

Sehr geehrte Abgeordnete,

- wir können auch nicht akzeptieren, dass sich anscheinend immer mehr Kommunen aus der Verantwortung schleichen und der staatliche Bildungsauftrag in immer größerem Umfang an freie Träger delegiert wird!
Bildung ist und muss unverändert eine staatliche Aufgabe bleiben!
- Bei allem Respekt für die Leistung der Schulen in freier Trägerschaft - die Verbesserung der Genehmigungs- und Finanzierungsverfahren für Schulen in freier Trägerschaft ersetzt weder die Verantwortung für uns als Land zur Investition in das staatliche Bildungssystem noch die Verantwortung der Schulträger, für ausreichend Schulplätze vor Ort zu sorgen.

Die höchste Priorität für die Landespolitik muss in der Sicherung und dem Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und der Bildungsqualität liegen.

Hierzu haben wir hier die Rahmenbedingungen zu gestalten.

Finanzschwache Kommunen mit steigenden Schüler*innenzahlen mit einem KIP Bildung für den Bau von Kitas und Schulen zu unterstützen, wäre ein Weg gewesen. Das haben Sie als Koalition in den Haushaltsverhandlungen abgelehnt.

Staatliche Schulen müssen für unsere Kinder und Jugendlichen gut erreichbar sein: Kurze Wege, eine funktionierende kostenlose Schülerbeförderung, die die Kinder mit einem möglichst geringen Zeitaufwand und sicher an die Schulen bringt, ist eine Grundvoraussetzung.

Schulen müssen ein attraktiver Lern- und Lebensort sein und mit ausreichend Fachkräften ausgestattet, um unseren Bildungsauftrag für alle Kinder und Jugendlichen zu erfüllen.

Notwendig sind zuallererst Investitionen in das staatliche Bildungssystem, um eine zunehmende soziale Segregation von Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Zu dieser Verantwortung müssen wir stehen.

Zusammengefasst: Wir sehen die notwendige Pflicht zum Handeln, zugleich aber auch die dargestellten Herausforderungen. Wir werden uns enthalten.